

Flüchtlinge bei Arbeitssuche besser unterstützen

Der Bund bezahlt neu für die Integration von Flüchtlingen dreimal mehr, wenn Kantone Massnahmen wie Job-Coachings anbieten

LARISSA RHYM

Den Geruch von frisch gesigtem Holz hat Aron Mengesteab noch immer in der Nase. Und das, obwohl er in den letzten vier Jahren fast in einem Werkbank gestanden ist. Bevor er 2015 in die Schweiz geflüchtet ist, hat Mengesteab in Eritrea als Schreiner gearbeitet. Während des Asylverfahrens war damit jedoch Schluss. Mittlerweile hat er die 25-jährige Asyl erhalten und dürfte arbeiten. Doch die Stellensuche war für ihn – wie für viele andere Geflüchtete – eine Herausforderung. Mengesteab erklärt, er sei zwar sehr motiviert, aber weil er noch nicht gut Deutsch spreche, habe er lange Zeit nur Absagen erhalten.

Schliesslich hat ihn Karl Welligner, der sich ehrenamtlich beim Projekt «Co-Pilot» von Caritas Solorhorn engagiert, bei der Suche unter die Arme gegriffen. «Ich habe bei diversen Lehrbetrieben angerufen, Dossiers verschickt und war bei Bewerbsgesprächen dabei», erzählt der Rentner. Das zahlte sich aus: Mengesteab bekam die Chance, eine knapp zweijährige Schnupperlehre zu absolvieren. Es schwingt ein bisschen Stolz in Welligners Stimme mit, als er sagt: «Aron konnte den Lehrmeister von sich überzeugen, deshalb kann er im Sommer eine zweijährige Lehre antreten.»

Unterstützung bis Stellenantritt

In der Regel bringen Freiwillige bei Projekten wie «Co-Pilot» Flüchtlinge Deutsch bei oder helfen ihnen, sich sozial zu vernetzen. Welligner hat sich jedoch bewusst entschieden, Unterstützung bei der beruflichen Integration zu leisten: «Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Sozialbehörden zu wenig Kontakt haben, um Flüchtlinge in den Bewerbungsprozess eng zu begleiten.»

Tatsächlich bieten noch nicht alle Kantone die sogenannte durchgehende Fällführung an, bei der ein Flüchtling bis zum Antritt eines Arbeitsplatzes stetig unterstützt wird. In Zukunft soll sich das ändern: So will es die gemeinsame Integrationsagenda von Bund und Kantonen, die diese Woche in Kraft getreten ist. Sie sieht vor, dass schweizweit ein einheitlicher Integrationsprozess umgesetzt wird.

Gegenwärtig sind die kantonalen Unterschiede bei der Integration gross: Während in Graubünden rund 84 Prozent der vorläufig aufgenommenen Per-



Das Ausbildungszentrum «Le Botza» in der Walliser Gemeinde Vétroz macht Flüchtlinge fit für den Arbeitsmarkt.

JADINA BARR / NZF

sonen und 45 Prozent der anerkannten Flüchtlinge arbeiten, sind es in Solothurn nur 6000 Franken. Einige Massnahmen sind für die Kantone Pflicht: So müssen sie beispielsweise Job-Coachings anbieten und mit jedem Flüchtling eine umfassende Potenzialabklärung durchführen. Es steht ihnen jedoch frei, zusätzliche Angebote zu schaffen.

Bis Ende April sollten alle Kantone dem Staatssekretariat für Migration (SEM) aufzeigen, wie sie die Ziele der Agenda erreichen wollen. Das SEM gibt auf Anfrage bekannt, dass sieben Kantone diese Frist nicht einhalten konnten – ohne zu sagen, um welche es sich handelt. Es werde jedoch nur mit kleinen Versparungen gerechnet. Bei der Konferenz der Kantonsregierungen heisst es in der Ausarbeitung der Konzepte seien zahlreiche Stellen involviert und die Absprachen mit den Gemeinden brauchten Zeit.

Zu viel Zeit dürfen sich die Kantone aber nicht nehmen. Denn nur wenn das SEM das Konzept eines Kantons bis im Herbst gutheisst, bekommt dieser neu

18 000 Franken für jeden Flüchtling, der ihm zugeteilt wird. Sonst gibt es weiterhin nur 6000 Franken. Einige Massnahmen sind für die Kantone Pflicht: So müssen sie beispielsweise Job-Coachings anbieten und mit jedem Flüchtling eine umfassende Potenzialabklärung durchführen. Es steht ihnen jedoch frei, zusätzliche Angebote zu schaffen.

Potenzial der Frauen nutzen

Der Kanton Graubünden, der als Vorbild im Bereich Arbeitsmarkintegration gilt, plant, neue Zielgruppen anzusprechen. Er will ein neues Angebot für ältere Arbeitnehmerinnen schaffen, die bisher zugunsten der Jüngeren vernachlässigt wurden. Auch soll stärker auf Teilzeitarbeitende eingegangen werden – mit dem Ziel, dass insbesondere Mütter, die ihre Kinder alleine betreuen, Jobs finden können.

Bei der Integration von Frauen gibt es vielerorts noch Luft nach oben. Der Beauftragte des Bundes für Flüchtlinge und Wirtschaft hat 2018 festgestellt, dass das

Potenzial der Frauen «bei weitem nicht ausgeschöpft» ist. Nicole Gysin von der Konferenz der Kantonsregierungen erklärt, weshalb: «Wem die Mittel knapp wären, und die Kantone nur jemanden pro Familie unterstützen konnten, war das in der Regel der Mann.»

Nun haben die Kantone nicht nur mehr Geld zur Verfügung, sondern sie müssen auch bei der Integration der Kleinsten einen Gang zulegen. Denn die Integrationsagenda verlangt, dass 80 Prozent der Kinder beim Eintritt in den Kindergarten die lokale Sprache verstehen. Deshalb muss die Frühförderung gestärkt werden, beispielsweise durch Spielgruppen. Dadurch haben die Eltern Zeit, Integrationskurse zu besuchen.

Während Graubünden also Frauen und ältere Arbeitnehmer spezifisch fördern will, schafft Solothurn eine externe Stelle, die auf Bildung und Arbeitsmarkintegration spezialisiert ist. Sie soll in komplexen Fällen abklären, welches Potenzial jemand hat und was er benötigt, um seine Ziele zu erreichen. Und

sie soll eng mit den Sozialdiensten zusammenarbeiten. Dieses Zusammenspiel verschiedener Akteure wird in der neuen Integrationsagenda grossgeschrieben. Die Migrationsämter müssen ständiger mit der Arbeitsvermittlung, der Berufsbildung oder der Sozialhilfe in Kontakt sein. Kantonsvertreter geben zu, dass es hier Nachholbedarf gibt.

Sozialhilfe als Knaekpunkt

Die Kantone machen auch aus finanziellen Gründen vorwärts bei der beruflichen Integration. Denn in der Sozialhilfe kommt eine starke Mehrbelastung auf sie zu. Die Sozialhilfequote der Flüchtlinge lag 2017 bei fast 86 Prozent. Der Bund übernimmt die Kosten für anerkannte Flüchtlinge während fünf Jahren, für vorläufig Aufgenommene während sieben Jahren. Danach sind die Kantone an der Reihe. Weil 2015 und 2016 mit Abstand am meisten Asylgesuche gestellt wurden sind, rechnen sie demnach mit höheren

Bei den anerkannten Flüchtlingen betrug die Erwerbssquote Ende März rund 32 Prozent, was einer Zunahme von 40 Prozent innerhalb eines Jahres entspricht.

Ausgaben. Kein Wunder also, treten sie aus als Gaspeldi. Die neueste Asylstatistik zeigt, dass heute deutlich mehr Flüchtlinge arbeiten als noch Anfang 2018. Bei den anerkannten Flüchtlingen betrug die Erwerbssquote Ende März 2019 rund 32 Prozent, was einer Zunahme von 40 Prozent innerhalb eines Jahres entspricht.

Im Sommer tritt auch Aron Mengesteab seine erste Stelle in der Schweiz an. Er kann es kaum erwarten. Wenn er ständig zu Hause herumtummeln muss, werde ihm langweilig: «Ich arbeite gerne mit den Händen.» Bevor er losgeht, will der 25-jährige mithilfe seines Mentors seine Deutsch- und Mathematikkenntnisse verbessern. Denn während er in seine Fähigkeiten als Schreiner vertieft, wird er auch an der Berufsschule weiter eine Herausforderung.